

Kantonsratsbeschluss über das Entlastungspaket 2026

Antrag vom 1. Dezember 2025

Huber-Oberriet

Antrag:

Rückweisung an die Regierung mit dem Auftrag, die Vorlage unter Einhaltung folgender Vorgaben zu überarbeiten und dem Kantonsrat mit dem Budget 2027 erneut zu unterbreiten:

- a) Strukturreform und Prozessoptimierung in der kantonalen Verwaltung;
- b) echte Einsparungen im Personal- und Auftragswesen von je fünf Prozent;
- c) verstärkter Abbau von Parallelstrukturen im Asylwesen;
- d) Einführung einer Staatsquotenbegrenzung;
- e) Umsetzung einer konsequenten Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden unter Berücksichtigung der Gemeindeautonomie bis Ende 2028;
- f) Prüfung und Hinterfragung der Aufgaben im Bereich des Kantons auf Notwendigkeit bis Ende 2028. Dabei soll auf Tätigkeiten verzichtet werden, die über das gesetzliche Minimum des übergeordneten Rechts hinausgehen.

Begründung:

Mit dem Entlastungspaket 2026 hat die Regierung den Auftrag Ziff. 1 des Kantonsrates vom 11. März 2025 zum Aufgaben- und Finanzplan 2026–2028 in überwiegendem Umfang nicht erfüllt. Während der Auftrag schwerpunktmässig, aber nicht abschliessend Entlastungsmassnahmen in den Bereichen des Personal- und Sachaufwands forderte, enthält das Paket vorwiegend Vorschläge wie «Ohnehin-Massnahmen», Gebührenerhöhungen und nicht ohne Steuerfusserhöhungen in Gemeinden zu stemmende Verschiebungen auf die dritte Staatsebene.

Auch die Finanzkommission hat diese Problematik erkannt und mit Streichungen und verschiedenen Aufträgen einen wichtigen Korrekturbeitrag geleistet. Dennoch enthält das Entlastungspaket weiterhin Massnahmen, die indirekte Verschiebungen auf die Gemeinden zur Folge haben. Allein bei der Massnahme M19 sprechen die Verbände von einem Defizit von 3,1 Mio. Franken, das über die Sozialhilfe gedeckt werden müsste.

Das Ziel muss sein, den Staatshaushalt langfristig ins Gleichgewicht zu bringen und mit Entlastungsmassnahmen eine nachhaltige finanzielle Entwicklung sicherzustellen. Nach dem Grundsatz «lieber ein schlechtes Ergebnis im Jahr 2026 als ein dauerhaft instabiler Finanzhaushalt» ist das Entlastungspaket an die Regierung zurückzuweisen. Nur so kann der Kanton den Weg zu einer seriösen und tragfähigen Finanzpolitik einschlagen.

Falls der Kantonsrat dem Rückweisungsantrag zustimmt, hat der Kantonsrat gesondert über Rückweisung der drei in der Vorlage enthaltenen Gesetzgebungsgeschäfte zu beschliessen:

- 22.25.10 IX. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz;
- 22.25.11 IV. Nachtrag zum Personalgesetz;
- 22.25.12 XV. Nachtrag zum Gesundheitsgesetz.